

Republikaner ließen „Rahmenkonzept für CO2-Steuer“ durch das Haushaltsgesetz schlüpfen, warnen Gegner.

geschrieben von Andreas Demmig | 11. Februar 2026



Audrey Streb, DCNF-Energiereporterin, 3. Februar 2026

Eine in den Januar-„Minibus“-Unterlagen [Haushaltsgesetz, das sogenannte „Minibus“-Gesetz] versteckte Anweisung ist der erste Schritt hin zu CO2-Steuern oder -Zöllen, sagten mehrere Energiepolitikexperten der Daily Caller News Foundation.

Das am 15. Januar verabschiedete Energie- und Umweltgesetzpaket enthielt einen Bericht des Haushaltsausschusses des Senats, der das Energieministerium (DOE) anweist, die Kohlenstoffintensität von in den USA hergestellten Gütern zu überprüfen und diese Emissionen mit ähnlichen Produkten aus dem Ausland zu vergleichen, darunter Aluminium, Zement, Stahl, Kunststoffe und Rohöl.

Gegner der Initiative erklärten gegenüber dem DCNF, die Überprüfung könne Unternehmen letztlich für ihren Energieverbrauch bestrafen und diene als Einfallstor für CO2-Steuern und -Zölle. Sie argumentieren, die Überprüfung weise die Regierung faktisch an, einen Preis für CO2-Emissionen festzulegen, ohne jedoch klar zu regeln, wie dieser Preis später verwendet werden könne.

Obwohl die Vorgaben nicht rechtsverbindlich sind, befolgen Bundesbehörden laut dem Forschungsdienst des Kongresses (Congressional Research Service) in der Regel die Anweisungen in einem Bericht. Wie E&E News berichtete, ist unklar, wer die Anweisung in den Bericht aufgenommen hat. Das DCNF kontaktierte alle republikanischen Mitglieder des Haushaltsausschusses des Senats, um herauszufinden, wer die Formulierung hinzugefügt hat, erhielt jedoch keine Antwort.

„Dieser Haushaltsbericht des Senats lässt die CO2-Bilanzierung stillschweigend als Bundespolitik wiederaufleben und verleiht damit demselben ESG-Rahmenwerk [Umwelt, Soziales und Unternehmensführung] Legitimität, dass auch Europas CO2-Grenzsteuern zugrunde liegt“, sagte Jason Isaac, CEO des American Energy Institute, gegenüber dem DCNF. „Sobald Washington anfängt, US-Produkte nach ihrer Emissionsintensität zu bewerten, werden diese Kennzahlen unweigerlich zu Regulierungs- und Handelsinstrumenten, unabhängig von der Absicht. Dieser Ansatz widerspricht den Bemühungen der

Regierung, die Gefährdungsfeststellung und die Treibhausgas-Berichterstattung rückgängig zu machen. Amerika sollte ESG abbauen, anstatt es durch Haushaltsformulierungen zu verschleiern, die für Brüssel und nicht für US-Verbraucher geschrieben sind.“

Das Energieministerium (DOE) reagierte nicht auf die wiederholten Anfragen des DCNF nach einer Stellungnahme.

Die Europäische Union hat am 1. Januar eine Einfuhrsteuer eingeführt, die die Zölle anhand der Menge an Kohlendioxid anpasst, die bei der Herstellung bestimmter Güter freigesetzt wird. Diese Steuer ist als Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) bekannt.

Der Bericht würdigt die jüngsten EU-Handelspolitiken wie CBAM und stellt dann fest:

„Dementsprechend beauftragt der Ausschuss NETL, gegebenenfalls in Absprache mit relevanten Agenturen, Institutionen, Hochschulen und Think-Tank-Partnern, eine Studie durchzuführen, um die durchschnittliche Emissionsintensität bestimmter in den USA hergestellter Güter im Vergleich zu Gütern aus anderen Ländern zu ermitteln.“

Die Formulierung des Berichts weist bemerkenswerte Ähnlichkeiten mit dem PROVE IT Act (Providing Reliable, Objective, Verifiable Emissions Intensity and Transparency Act) auf, der 2023 und erneut 2024 eingebracht, aber vom Kongress nie verabschiedet wurde. Der demokratische Senator Chris Coons aus Delaware, der republikanische Senator Kevin Cramer aus North Dakota und der republikanische Senator John Curtis aus Utah hatten den PROVE IT Act zuvor eingebracht.

Zweiundachtzig Senatoren stimmten für das Minibus-Paket, und Präsident Donald Trump unterzeichnete es, wodurch es zum Gesetz wurde, sagte Cramer gegenüber dem DCNF. Auf die Frage nach den Meinungen der Kritiker zu der Richtlinie argumentierte er:

„Der Beweis liegt in den Ergebnissen, nicht darin, wie jemand anderes darüber denkt.“

„Ich vertrete einen energieproduzierenden Bundesstaat, und meine Wähler sind weder dumm noch uninformativ genug, um zu glauben, dass das Programm PROVE IT die US-Steuerzahler für die CO₂-Zölle der EU aufkommen lässt. Europa belegt uns mit seinem einseitigen CO₂-Abkommen bereits mit Zöllen, und dieser Bericht hilft uns, uns dagegen zu wehren“, sagte Cramer gegenüber dem DCNF auf die Frage, wie er auf die Bedenken seiner Wähler eingehen wolle. *„Ich kenne keinen einzigen Republikaner, der für eine CO₂-Steuer ist, und genau deshalb brauchen wir dieses Programm.“*

Die Befürworter des Gesetzesentwurfs und der Emissionsprüfung argumentieren oft, dass die USA überprüfbare Emissionsdaten aus der

Fertigungsindustrie benötigen, um umweltfreundlichere Produzenten zu belohnen und Unternehmen vor europäischen Einfuhrzöllen zu schützen, die auf angeblich weniger zuverlässigen Zahlen basieren.

Dutzende energiepolitische Interessengruppen und Lobbygruppen forderten den Kongress auf, den PROVE IT Act abzulehnen, wie das DCNF bereits berichtete. Zu den Unterzeichnern eines Briefes, in dem der Kongress vor dem Gesetzentwurf gewarnt wurde, gehörten Isaac, Bakst und das Heartland Institute.

„Die in einem Bericht zum Energiehaushaltsgesetz versteckte Formulierung würde eine Studie erfordern, die mit den Anforderungen des PROVE IT Act vergleichbar ist“, erklärte Daren Bakst, Direktor des Zentrums für Energie und Umwelt des Conservative Enterprise Institute (CEI), gegenüber dem DCNF. „Den Gesetzgebern, die so vorgegangen sind, muss klar gewesen sein, dass sie ihre globale Klimaagenda nur durch die Einschleusung in einen Entwurf vorantreiben und die Agenda der Trump-Regierung untergraben können.“

Coons und Curtis reagierten nicht auf die Anfragen des DCNF nach einer Stellungnahme.

Bakst merkte an, dass die Trump-Administration daran gearbeitet habe, die USA von globalen Klimainitiativen zu distanzieren, die ihrer Ansicht nach den besten Interessen Amerikas zuwiderlaufen, und dass sie sich kürzlich erfolgreich gegen die globale maritime CO2-Steuer der Vereinten Nationen gestellt habe.

„Doch offenbar gibt es einige Abgeordnete, darunter auch Republikaner, die den von Europa angeführten Export globaler Klimaschutzmaßnahmen nicht bekämpfen wollen, sondern Teil davon sein möchten“, sagte Bakst gegenüber dem DCNF. „Sie wollen Europa nicht daran hindern, amerikanische Unternehmen mit seiner umfassenden neuen CO2-Grenzsteuer zu besteuern, die weit über eine Schifffahrtssteuer hinausgeht, sondern sie wollen dem Beispiel Europas folgen und sich dessen Klimaclub anschließen, indem sie helfen, den Rahmen für unsere eigene CO2-Grenzsteuer zu schaffen.“

Sterling Burnett, Leiter des Umweltbereichs am Heartland Institute, erklärte gegenüber dem DCNF:

„Wie frühere Aussagen und Vorschläge zu ähnlichen Vorhaben belegen, handelt es sich hier um einen Wolf im Schafspelz. Die USA werden damit auf die Einführung von CO2-Zöllen vorbereitet, die nichts anderes als eine CO2-Steuer für Verbraucher darstellen. Diese Bestimmung fand Anklang bei den sogenannten RINOs (Republikanern nur im Namen ... Only), die keine Ahnung von Wirtschaft haben und sich seit Langem mit den Klimaaktivisten in der Demokratischen Partei verbünden.“

Besonders bemerkenswert ist, dass einige der engagiertesten

demokratischen Abgeordneten in Klimafragen den PROVE It Act unterstützten , darunter der Senator von Rhode Island , Sheldon Whitehouse, der sich als Mitunterzeichner anschloss.

„Energieminister Chris Wright hat die Verantwortung, die Aufsicht auszuüben und klarzustellen, dass eine auf diesem Bericht basierende CO2-Steuer oder ein CO2-Zoll ein Fehler wäre und von der Regierung nicht unterstützt wird“, sagte Burnett gegenüber dem DCNF.

Alle Inhalte der Daily Caller News Foundation, einem unabhängigen und überparteilichen Nachrichtendienst, stehen seriösen Medienunternehmen mit großer Reichweite kostenlos zur Verfügung. Alle wiederveröffentlichten Artikel müssen unser Logo, den Namen der jeweiligen Reporterin und deren Zugehörigkeit zur DCNF enthalten. Bei Fragen zu unseren Richtlinien oder einer möglichen Partnerschaft kontaktieren Sie uns bitte unter licensing@dailycallernewsfoundation.org.

<https://dailycaller.com/2026/02/03/congressional-republicans-carbon-taxes-tariffs-european-union/>